

**Vorabprotokoll gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GO Abghs
Vorläufiger Text, von den Rednerinnen/Rednern nicht durchgesehen!**

rantinnen und Migranten zu stärken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Philipp Magalski (PIRATEN): Die Hebammen
haben Sie vergessen, Herr Isenberg!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Isenberg! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Burkert-Eulitz. – Bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunehmend hat sich Herr Czaja vom einstigen Hoffnungsträger der CDU zum Sorgenkind der Koalition entwickelt, vor dem sich jetzt alle aufbauen. Warum eigentlich? Die Bilanz, die der Senator für Gesundheit und Soziales nach vier Jahren mit seinem Wahlkampfhaushalt vorlegt, ist mager und für die Stadt verheerend. Wir haben kein Verwaltungsversagen, sondern ein Politikversagen, über viele Jahre angebahnt, das im Verwaltungschaos endet. Die Verantwortung für diese Führungslosigkeit liegt in der politischen Führung und nicht allein in der Verwaltungsspitze.

Auch wenn die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten nicht nur im Doppelhaushalt 2016/2017 die größte Aufgabe sein wird, haben wir uns dafür entschieden, den Fokus auch auf andere Bedarfsgruppen zu legen, denn auch andere von sozialen Schief lagen bedrohte und betroffene Menschen müssen geschützt werden. Es kann nicht sein, dass immer mehr Berlinerinnen und Berliner an den Rand gedrängt werden. In Berlin wächst vieles, leider aber auch die soziale Spaltung. Aus unserer Sicht ist das die zentrale Frage für die Politik und für unsere Gesellschaft. Wir geben mittlerweile Unsummen für die Unterbringung von Kindern, Jugendlichen und anderer, von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen aus – zum Beispiel allein in Marzahn 1 Million Euro im Jahr für Jugendliche in stationären Einrichtungen. Diese Jugendlichen könnten schon längst in Wohnungen untergebracht werden, wenn der politische Wille dazu da wäre.

Weitere Betroffene sind ehemalige Strafgefangene, HIV-Infizierte, psychisch Kranke und viele mehr. Ganze soziale Einrichtungen mussten bereits wegen steigender Mieten und fehlender Anpassung ihrer Zuwendungen schließen. Diese riesige Aufgabe der Integration der Geflüchteten ist nur ein Teil der großen sozialpolitischen Aufgaben. Viele Alleinerziehende, Menschen ohne Krankenversicherung, zunehmend auch Senioren – um nur ein

paar weitere Gruppen zu nennen! Wir sehen immer häufiger ältere Menschen leere Flaschen sammeln. Das ist eben auch Berlin im Jahr 2015.

Wir wollen uns damit nicht abfinden, auch wenn Flaschensammeln sicher nicht verwerflich ist. Wir haben uns deshalb drei Punkte im Etat von Herrn Czaja herausgesucht, wo wir besonders dringenden Handlungsbedarf sehen: die Wohnungslosen, die Kältehilfe und die medizinische Versorgung von Menschen, die keine Krankenversicherung haben. Wir halten es daher für absolut notwendig, in diesem Haushalt dafür jeweils mindestens 1 Million Euro bereitzustellen. Wir müssen aufpassen, dass wir niemanden in dieser Stadt zurücklassen. In einer Stadt für alle gehören diese Gruppen dazu und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Liebe Koalition! Wir sehen in dem von Ihnen vorgelegten Etat einige gute Ansätze. Leider schneidet der Sozialsenator lieber Bändchen durch und hält Grußworte, statt Sozialpolitik zu machen. Wenn es dann aber ernst wird, schickt er seinen Staatssekretär vor. Das wird Sie nicht retten, Herr Czaja!

Die geflüchteten Menschen, die zu uns kommen, haben lange und mühselige Wege hinter sich. Sie sind oft krank und schwach. Doch rudimentäre medizinische Versorgung wird ihnen erst einmal verwehrt, denn der Krankenschein für Asylbewerber ist nicht ausreichend und außerdem diskriminierend. Warum ist es in Berlin nicht wie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg möglich, die Gesundheitskarte diskriminierungsfrei, also ohne sichtbare Kennzeichnung, zu gestalten? Es ist inakzeptabel, dass in einem Land wie Deutschland die Staatsangehörigkeit oder die soziale Situation eines Menschen über die Möglichkeit einer medizinischen Behandlung entscheidet. Deutschland bekennt sich in diversen menschenrechtlichen Verträgen zur Einhaltung des Menschenrechts auf Gesundheit – so etwa in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Damit dieser richtige Anspruch auch Realität wird, haben wir 2 Millionen Euro für die schrittweise Einführung des anonymen Krankenscheins und eine Clearingstelle beantragt. Es ist nicht akzeptabel, dass Sie kranke Menschen in so schwierigen Lebenssituationen im Stich lassen. Ich erwarte, dass ein Sozial- und Gesundheitssenator eine soziale Politik macht und nicht ausschließlich an seiner Karriere bastelt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Fabio Reinhardt (PIRATEN)]

Wer denn sonst sollte Anwalt dieser von Ausgrenzung betroffenen Menschen in Berlin sein? – Herr Czaja ist dafür leider der falsche.

**Vorabprotokoll gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GO Abghs
Vorläufiger Text, von den Rednerinnen/Rednern nicht durchgesehen!**

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Burkert-Eulitz! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort Herr Dr. Ludewig. – Bitte!

Dr. Gottfried Ludewig (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss schon sagen, Frau Burkert-Eulitz: Ihren Ausführungen zu folgen, ist wirklich äußerst schwer. Wenn Sie sich wirklich mit der Thematik beschäftigt haben und gesehen haben, wie viel mehr Investitionen und wie viel mehr Projekte möglich sind und was für die Förderung der Krankenhauspolitik erreicht wurde, hätten auch Sie erkennen müssen, dass Ihre kleinkarierte Kritik am Thema vorbeigeht. Es ist eine der größten Unterstützungen und eine der größten Stärkungen der Gesundheitspolitik, die wir in den letzten Jahren in dieser Stadt erlebt haben. Insofern bitte ich Sie, das mal anhand der Unterlagen nachzuarbeiten. – Danke!

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Ülker Radziwill (SPD)
und Frank Zimmermann (SPD)]

Wir haben die Finanzierung deutlich erhöht. Wir konnten viele Projekte, viele Initiativen und viele strukturelle Investitionen erstmals ermöglichen. Ich möchte Ihnen das gern an drei konkreten Beispielen erläutern.

Erstens: Wir haben die Trendwende in der Krankenhausfinanzierung geschafft. Die Krankenhäuser kannten vor dieser Legislaturperiode nur eins: Reduzierung der Investitionen, mehr bürokratische Vorschriften und keine langfristige Zuverlässigkeit in Fragen der Finanzierung! – All dies haben wir angepackt und entscheidend verbessert. Die strukturelle Krankenhausfinanzierung haben wir nahezu verdoppelt. Am Beginn der Legislaturperiode lagen die Nettoinvestitionen für die Krankenhäuser bei 60 Millionen Euro pro Jahr. Jetzt liegen sie bei 110 Millionen Euro pro Jahr. Damit sind wir – Kollege Isenberg hat es schon gesagt – nicht mehr Schlusslicht im Vergleich der Bundesländer, wie in der vergangenen Legislaturperiode, sondern wir sind im Durchschnitt angekommen. Und wenn wir noch die 108 Millionen Euro der SIWA-Mittel hinzunehmen, sind wir bei den Krankenhausinvestitionen sogar deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Damit beenden wir zugleich ein Bürokratiemonster. Mit der Umstellung auf die Pauschalförderung bekommen die Krankenhäuser endlich die Freiheit, weitgehend selbstständig über ihre Investitionen zu entscheiden und diese dann auch schnellstmöglich umzusetzen. Darüber hinaus

garantieren wir das erste Mal eine langfristige Zuverlässigkeit der Investitionen – mit den Verpflichtungsermächtigungen bis in das Jahr 2019.

Um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ja, wir benötigen auch in Zukunft noch stärkere Investitionen in die Berliner Krankenhäuser gerade, wenn es darum geht, dass wir in der wachsenden Stadt Berlin immer mehr Menschen zu versorgen haben. Unsere Krankenhäuser sind das Herz dieser Versorgung für die Berlinerinnen und Berliner. Auch wenn wir noch nicht am Ziel unserer Investitionshöhe angekommen sind, so ist doch klar: Die Trendwende für eine bessere, flexiblere und verlässlichere Finanzierung der Berliner Krankenhäuser haben wir nachweislich erbracht. Wir machen die Krankenhäuser damit nach zehn Jahren Sparen ohne Sinn und Verstand endlich wieder zukunftsfähig.

Zum Zweiten haben wir einen besonderen Blickpunkt auf eine bessere Versorgung der Schwächsten in unserer Gesellschaft gerichtet, nämlich auf die Kinder. Es ist unsere Aufgabe, gerade sie besonders zu schützen, und deshalb freut es mich sehr, dass wir mit diesem Haushalt und in Zusammenarbeit mit anderen Senatsverwaltungen vier Kinderschutzambulanzen einrichten werden. In diesen speziellen Ambulanzen haben wir die Chance, dass Mitarbeiter des Jugendamtes, Kinderärzte, Familienhelfer, Krankenschwestern und -pfleger gemeinsam und gezielt zusammenarbeiten und dann auch möglichst schnell Missbrauch erkennen und gemeinsam dagegen vorgehen können.

Drittes und letztes Beispiel unserer Aktivitäten ist das Konzept 80plus. Der Kollege Achim Krüger wird das später im Sozialteil noch einmal intensiver ausführen. Es geht uns eben auch darum, die älter werdende Gesellschaft in Berlin stärker zu unterstützen. Im Jahr 2030 wird sich die Zahl der Hochaltrigen – also der Menschen, die über 80 Jahre alt sind – nahezu verdoppelt haben. Genau hier setzt der Senat an, hier setzt der Senator an und versucht, mit einem Versorgungskonzept 80plus und mit unserer Rahmenstrategie zu ermöglichen, dass die Menschen länger in ihrem Kiez leben und in ihrem Lebensumfeld bleiben können und nicht ins Heim ziehen müssen. Auch hier zeigen wir, dass wir Zukunftsfragen dieser Stadt annehmen.

[Philipp Magalski (PIRATEN) meldet
sich zu einer Zwischenfrage.]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Magalski?